

(2003/C 280 E/048)

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0305/03
von Bart Staes (Verts/ALE) an die Kommission**

(10. Februar 2003)

Betrifft: Preissteigerungen aufgrund der Umstellung auf den EUR

In der Antwort auf die Anfrage E-0928/02 ⁽¹⁾ teilt Kommissionsmitglied Solbes Mira folgendes mit: „Es [ist] bei der Währungsumstellung nicht zu einer allgemeinen Preissteigerung gekommen: Der Übergang zum EUR hat sich mit schätzungsweise 0 bis 0,16 % auf die monatliche Preisentwicklung niedergeschlagen.“

Ende Dezember 2002 zeichnete der Präsident der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg, ein völlig anderes Bild: „Wir haben nur mit Zögern erkannt, dass die Umstellung bis zu einem gewissen Grad preissteigernd gewirkt hat.“

Kann die Kommission mitteilen, ob das Zahlenmaterial, auf das sie sich bei ihrer ursprünglichen Antwort vom 5. Juni 2002 stützte, noch immer aktuell ist? Wenn ja, wie erklärt sie dann die Äußerungen von EZB-Präsident Duisenberg? Wenn nein, kann sie mit Hilfe von aktualisiertem Zahlenmaterial von Eurostat eine neue, diesmal detaillierte Übersicht über die Preissteigerungen vorlegen?

⁽¹⁾ Abl. C 301 E vom 5.12.2002, S. 69.

Antwort von Herrn Solbes Mira im Namen der Kommission

(14. März 2003)

Die Antwort der Kommission auf die schriftliche Anfrage E-0928/02 des Herrn Abgeordneten stützte sich auf von Eurostat am 28. Februar und 16. Mai 2002 veröffentlichte Zahlen, nach denen sich die Umstellung des Bargeldes auf den EUR zwischen Dezember 2001 und Januar 2002 mit schätzungsweise 0,0-0,16 % auf die Verbraucherpreisinflation (HVPI) niedergeschlagen hat.

Am 17. Juli 2002 veröffentlichte Eurostat auf der Grundlage einer Gegenüberstellung der Daten für die ersten sechs Monate 2002 und die letzten sechs Monate 2001 Zahlen, die von einem wahrscheinlichen Preisanstieg von 0,0-0,2 % ausgingen. Auch nach dieser jüngsten Studie hatte die Umstellung nur geringfügige Auswirkungen auf die HVPI-Inflation.

Es sei darauf hingewiesen, dass die drei erwähnten Eurostat-Studien eine detaillierte Zusammenstellung der Preiserhöhungen in den Sektoren enthielten, die den HVPI-Korb ausmachen. Eurostat beabsichtigt, anhand der Daten für das gesamte Jahr 2002 in den kommenden Wochen weitere Analysen zu veröffentlichen.

(2003/C 280 E/049)

**SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0313/03
von Proinsias De Rossa (PSE) an die Kommission**

(10. Februar 2003)

Betrifft: Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften

Kann die Kommission unter Angabe der einzelnen Beanstandungen, der betreffenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften, der Art der Maßnahmen und des Zeitpunkts ihres Beginns mitteilen, wie viele rechtliche Schritte (d.h. Aufforderungsschreiben, mit Gründen versehene Gutachten, Anrufungen des Gerichtshofs) sie gemäß Artikels 10 des EG-Vertrags gegen Irland wegen Nichtreagierens auf Aufforderungen der Kommission im Rahmen ihrer Untersuchungen von Beschwerden seit Inkrafttreten dieses Artikels unternommen hat?

Antwort von Herrn Prodi im Namen der Kommission

(13. März 2003)

Die Kommission weist den Herrn Abgeordneten auf den Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts für das Jahr 2001 hin, den sie für das Europäische Parlament erstellt hat ⁽¹⁾.

Aus Gründen der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit greift die Kommission nur hilfsweise auf Artikel 10 EG-Vertrag zurück. Diese Bestimmung wird nur bei einer wiederholten Verletzung der Pflicht zur Zusammenarbeit angewandt. Dies war in Irland in den letzten drei Jahren nie der Fall.

(¹) KOM(2002) 324 endg.

(2003/C 280 E/050)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0334/03
von Cristiana Muscardini (UEN) an den Rat

(10. Februar 2003)

Betrifft: Erweiterung der NATO und Verteidigungspolitik der Europäischen Union

Das Gipfeltreffen der 19 Staats- und Regierungschefs der NATO, das am 21. und 22. November 2002 in Prag in Anwesenheit der Staatschefs der 27 mit der Atlantischen Allianz assoziierten Staaten stattfand, die im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat zusammengeschlossen sind, beschäftigte sich u.a. mit zwei Hauptfragen, der Anpassung der strategischen Kapazität der NATO und mit ihrer Erweiterung, drei Jahre nach dem Beitritt der ersten drei Mitgliedsländer des ehemaligen Sowjetblocks.

Die Neufestlegung der politisch-strategischen Aufgabenstellung der Atlantischen Allianz erwies sich als notwendig, durch die Vielzahl von Ursachen der Instabilität und Unsicherheit (im Gegensatz zu der alles andere in den Schatten stellenden sowjetischen Bedrohung von einstmals) sowie durch die Ausweitung der der NATO mit dem strategischen Konzept von 1991 und 1999 zugewiesenen Aufgaben, in dem der Widerstand gegen die Weitergabe von Massenvernichtungsmitteln, der Kampf gegen den weltweiten Terrorismus und die organisierte Kriminalität vorgesehen war. Den in Prag erreichten Ergebnissen zufolge dürfte die Atlantische Allianz auch weiterhin der politische und militärische Angelpunkt der neuen europäischen Sicherheit bleiben, selbst wenn es auf dem Gipfel nicht gelungen ist, alle politischen und institutionellen Schwierigkeiten innerhalb der Allianz zu überwinden.

Kann der Rat folgende Fragen beantworten:

1. Betrachtet er die NATO als ein Bündnis im herkömmlichen Sinn des Wortes oder auch als Keimzelle eines neuen und leistungsfähigeren kollektiven Sicherheitssystems?
2. Wie gestalten sich innerhalb der NATO die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, und wie und in welcher Richtung entwickeln sie sich?
3. Welche Stellung soll auf militärischer Ebene die schnelle Eingreiftruppe der Union im Verhältnis zur schnellen Eingreiftruppe der NATO angesichts der Tatsache einnehmen, dass von 19 NATO-Mitgliedstaaten 17 europäische sind?
4. Welche Rolle soll der WEU in diesem Zusammenhang zukommen?
5. Ist es denkbar, dass das Konzept der „verstärkten Zusammenarbeit“ für die betreffenden Länder zu der Leistungsfähigkeit führen wird, die erforderlich ist, um eine eigenständige Verteidigungspolitik zu gewährleisten?

Antwort

(21. Juli 2003)

Der Rat weist die Frau Abgeordnete darauf hin, dass es nicht Sache des Rates ist, die Beschaffenheit oder die Wirksamkeit einer anderen internationalen Organisation wie der NATO zu bewerten, und dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten Gegenstand eines im Rahmen der neuen transatlantischen Agenda fortlaufend und auf allen Ebenen geführten direkten bilateralen Dialogs sind.

Ferner weist der Rat die Frau Abgeordnete darauf hin, dass die Staaten, die sowohl Mitglieder der NATO als auch der Europäischen Union sind, ihre Kräfte für die eine und/oder für die andere Organisation einsetzen können. Die Krisenreaktionskräfte können für beide Organisationen eingesetzt werden, wobei sie gegebenenfalls nach ihren eigenen Verfahren vorgehen.